

M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301 989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche), Bezugspreis: 5.- Zloty

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklametell 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen, und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes oder Nachlieferung der Zeitung.

Kommunisten in der Deutschnationalen Front

Die Gründe der Kampfring-Auflösung

Völlige Eingliederung des Stahlhelms in die NSDAP. — Polizeimaßnahmen gegen die BVP.

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 21. Juni. Die politische Umstellung des gesamten Staatswesens auf die nationalsozialistische Bewegung ist am Mittwoch einen großen Schritt vorwärts getrieben worden. Nachdem Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen den Beweis erbracht hatten, daß in den Kampfring der Deutschnationalen Front zahlreiche frühere Kommunisten und Sozialdemokraten eingedrungen sind, wurde in Preußen, Sachsen und fast allen anderen Ländern der Kampfring aufgelöst und verboten. Der Führer des Stahlhelms, Reichsarbeitsminister Selbte, der das Vorgehen gegen die Deutschnationalen Kampfstaffeln in einer besonderen Erklärung begrüßt hatte, schloß gleichzeitig eine Vereinbarung mit Reichskanzler Hitler ab, die die völlige Eingliederung des Stahlhelms in die nationalsozialistische Bewegung bringt. Jede andere Parteimitgliedschaft als die der NSDAP wird den Stahlhelmern verboten, der Beitritt zur NSDAP wird dem Stahlhelm von jetzt ab freigestellt. Der Jungstahlhelm tritt neben SA und SS und wird dem Obersten SA-Führer unterstellt. Der Bund „Scharnhorst“ wird in die Hitlerjugend eingegliedert. Der Jungstahlhelm-Führer von Morozowicz tritt zum Stabe des Obersten SA-Führers. In Bayern wurde gleichzeitig eine große Polizeisuche gegen die Bayerische Volkspartei durchgeführt, da der Verdacht der Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Volkspartei mit der Christlich-Sozialen Regierung in Oesterreich feststeht.

Glatte Durchführung der Polizei-Aktion

Unterredung Hugenbergs mit Reichskanzler Hitler

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 21. Juni. In ganz Preußen ist die Untersuchung der deutschnationalen Kampfstaffeln und ihr Verbot durch das Geheime Staatspolizeiamt in Verbindung mit besonderen Bereitschaften der Schutzpolizei bis zum Abend reiblos durchgeführt worden. Der Preussische Ministerpräsident sah sich zu dieser Maßnahme veranlaßt, weil die Führung der Kampfstaffeln eine unglaubliche Rücksichtslosigkeit angesichts des ihr in lokaler Weise bekanntgegebenen Materials an den Tag gelegt und eine Umstellung der unerträglichen Zustände nicht sofort in Angriff genommen hatte.

Wergernisses. Ferner sind ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre abgesprochen. Im Bezirk des Berliner Polizeireviere 89

von 13 NS-Leuten 8 als Marxisten oder kriminelle Verbrecher

festgestellt worden. In zahlreichen Kampfstaffeln wurden prominente Mitglieder der Berliner Ringvereine festgestellt. Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß diese ganzen Verbrecher nicht nur den Kampfstaffeln, sondern

darüber hinaus auch organisatorisch der Deutschnationalen Front angehörten. Dies erschwert die Lage außerordentlich, denn auch die Deutschnationale Front müßte also nach den von zukünftiger Stelle gemachten Angaben von diesen Leuten gereinigt werden.

Die Gesamtstärke der Kampfstaffeln betrug in Berlin etwa 3000 Mann. Davon sind etwa 2000 im marxistischen Lager tätig gewesen.

Sie sind nur nach eigener Aussage aus dem Grunde in die Kampfstaffeln eingetreten, um ihre staatsfeindlichen Pläne durchzuführen. Die kommunistischen Elemente haben es verstanden, sich bis in die Führerstellen der Kampfstaffeln hineinzuwandern. Der Führer der Staatskampfstaffel, Schuster, ist ein ehemaliger bekannter Rotarmist, er ist früher Führer der Roten Volksmarine gewesen.

Die Aktion kam eigentlich nicht überraschend, obgleich sie streng geheim gehalten worden ist. Das starke Anwachsen der von der Auflösung betroffenen Organisationen hatte schon lange allgemeine Aufmerksamkeit erregt und verschiedene Vorkommnisse ließen er-

kennen, daß dieses Wachstum nicht organisch war, d. h. daß der Bezug nicht auf der im übrigen unbestreitbaren Zunahme des nationalen Gedankens beruhte, sondern im Gegenteil auf Strömungen, die den nationalen Gedanken unterhöhlen sollten. Dabei haben die Organisationen es zweifellos an der nötigen Sorgfalt bei der Auslese fehlen lassen. Die Deutschnationalen Kampfringe, früher Kampfstaffeln genannt, deren Angehörige an den braungrünen Uniformen zu erkennen sind, sind besondere Kampfformationen, die der Parteiorganisation angegliedert sind, dabei aber ein politisches Eigenleben führen.

Mit dem Stahlhelm haben sie nichts zu tun.

Zahlenmäßig reichten sie auch nach den letzten erheblichen Verstärkungen bei weitem nicht an die SA und SS und an den Stahlhelm heran.

Reichskampfingführer war der Staatssekretär Herbert von Bismarck, ein Großneffe des Altreichskanzlers. Er ist in Pommern begütert, wo er als Landrat tätig war, bis er aus politischen Gründen zur Zeit der Weimarer Koalition abberufen wurde. Im Januar dieses Jahres wurde er dann Staatssekretär im Preussischen Innenministerium, doch mußte er seinen Posten nach wenigen Wochen dem Staatssekretär Grauert räumen. Bismarck ist zu einer

Vernehmung in das Staatspolizeiamt geladen und von SA dorthin geleitet

worden. Er wurde einer eingehenden Vernehmung unterzogen, die noch nicht abgeschlossen ist. In der Vernehmung äußerte er immer wieder, daß er keine Ahnung gehabt habe, wie die Zu-

stände tatsächlich in den Kampfstaffeln gewesen sind.

In Berlin deuteten in der Frühe des Mittwochs

verschiedene Anzeichen

auf die große Unternehmung hin. Vor allem fielen dem aufmerksamen Beobachter die starken SA-Trupps auf, die an diesen Stellen zusammengezogen waren, um später der Polizei bei ihrer umfassenden Aktion behilflich zu sein. Bald darauf durchkreuzten unzählige Lastkraftwagen mit den Aktionskommandos die Stadt, um schlagartig nach einem sorgfältig vorbereiteten Plan in den verschiedensten Gegenden die Hausdurchsuchungen und Schließungen der Büros usw. vorzunehmen. Das Publikum verfolgte die Aktion mit Neugier, doch ist es zu Störungen und Stockungen nirgends gekommen.

Im Laufe der Berliner Aktion sind heute vormittags schon weit

über 100 deutschnationale Kampfstaffel-führer festgenommen

worden. Ferner wurden mehrere Hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gekleidet hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenbergs. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schmidt, Hannover, hat für die Deutschnationale Front beim Preussischen Ministerpräsidenten Göring telegraphisch Einspruch erhoben gegen die Durchführung von Hausdurchsuchungen bei deutschnationalen Reichstagsabgeordneten. Inzwischen sind die festgenommenen deutschnationalen

führenden Persönlichkeiten wieder aus der Haft entlassen worden. Insbesondere wurde auch der vorübergehend verhaftete Reichstagsabgeordnete Timm wieder freigelassen.

Die Deutschnationale Front wird in Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen versuchen, eine

NS-Mann Bredau aus Berlin.

Dieser Führer ist zwanzigmal in den letzten 10 Jahren vorbestraft, darunter wegen Diebstahls, zweimal wegen Sittlichkeitsverbrechens, wegen Erregung öffentlichen

Forderungen der deutschen Arbeitsoffer

(Eigener Bericht)

Beuthen, 21. Juni.

Der Gau Oberschlesien des Nationalsozialistischen Reichsverbandes deutscher Arbeitsoffer, Sig Hindenburg, hielt am Mittwoch in Anwesenheit eines Beauftragten der Berliner Hauptstelle im Schützenhaus seine erste öffentliche Gauversammlung ab. Der Beuthener Ortsgruppenleiter, Franz Schmolke, konnte ein brechend volles Haus begrüßen. ...

Gauleiter Chromitz, Hindenburg, erörterte verschiedene

Richtstände bei der Handhabung der öffentlichen Fürsorge

durch Damen und forderte unter dem Beifall der Versammlung, daß bei der Betrauung der Invaliden auch vertrauenswürdige Invaliden gehört werden. ...

Hindenburgs „City-Plan“ umgestaltet

Zweckmäßige Bebauung anstatt Mammutbauten

(Eigener Bericht)

Aus technischen Gründen können wir erst heute über den neuen Plan berichten. D. Red.

Hindenburg, 21. Juni.

Seit mehr als 10 Jahren wird in Hindenburg der Plan erwogen, das ehemals Schillerische Hotel an der Ecke Bahnhofstraße, Ecke Kronprinzenstraße, abzureißen und diesen städtebaulich ungeschönten Winkel im Herzen von Hindenburg neuzugestalten. ...

neue „City“-Pläne

ausarbeitete. Eine „City“ soll jetzt nicht entstehen, wohl aber will man ernstlich daran gehen, diesen Schandfleck der Stadt zu beseitigen und vor allem auch die Frage des Umbaus der Auffahrt zur Dorotheenstraße einer Lösung zuführen. ...

In der heutigen Besprechung im Stadthaus mit den Vertretern der Presse haben Stadtbaurat Dr.-Ing. Breuer und Magistratsrat Dr. Schalecki die neuen Pläne vorgelegt und erläutert. ...

Block mit Geschäftsläden und drei Wohn- geschossen.

Der Platz soll 40 Meter breit werden, und die Straße soll ebenfalls verbreitert werden, so daß der zukünftige Straßenbahnverkehr nach der Südstadt gefahrenlos vor sich gehen kann. ...

Die Bebauung ist in mehreren Abschnitten möglich, und zwar kann mit dem Neubau im Hofe von Schillers Hotel bereits jetzt begonnen werden, ohne daß das alte Gebäude an der Bahnhofstraße niedergeissen werden muß. ...

Vorkämpfer für die Arbeitsoffer

anerkannt habe. Diejenigen, die unter dem Schutze des neuen Banners stehen, seien verpflichtet, den Reichskanzler und seine Regierung zu unterstützen. ...

Man werde sich bis zur Binderung der Härten noch einige Wochen gedulden müssen. Die Forderungen des Reichsverbandes gingen dahin, daß Mittel beschafft werden, damit die Notverordnung über die Rentenkürzung aufgehoben werden kann. ...

Ortsgruppenleiter Schmolke schilderte die Sondernöte der ober-schlesischen Arbeitsoffer. Schwer zu leiden hätten auch diejenigen, deren Rente die Richtsätze für Wohlfahrtsunterstützungen gerade erreicht oder ein klein wenig überschreitet. ...

Bundestag der Zivildienstberechtigten in Gleiwitz

Reichsstatthalter Ritter von Epp spricht

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 21. Juni.

Der Reichsbund der Zivildienstberechtigten (ehemaliger Militärämter), Sig Berlin, hält in der Zeit vom 24. bis 27. Juni in Gleiwitz seinen 36. Bundestag ab, zu dem Vertreter aus allen Teilen Deutschlands erscheinen. ...

Lediglich der Initiative des derzeitigen Führers des Provinzialverbandes Oberschlesien, Justizinspektors Krafft, Gleiwitz, ist es zu danken, daß am vorjährigen Bundestage in Schwerin sein Antrag auf Abhaltung des diesjährigen Bundestages in Oberschlesien angenommen wurde. ...

Das äußerst reichhaltige Programm, mit dem bereits am Sonnabend im Haus Oberschlesien be-

gonnen wird, sieht für Sonntag vormittag 10 Uhr im Gleiwitzer Stadttheater eine öffentliche Kundgebung vor, bei der Reichsstatthalter Ritter von Epp sprechen wird, und an der Vertreter des Reichswehr-, Reichsinnen- und Reichsarbeitsministeriums sowie Vertreter verschiedener Behörden teilnehmen werden. ...

Da es sich um eine Tagung altdienstiger Soldaten handelt, würden es diese freudig begrüßen, wenn aus Anlaß der Tagung die Bewohner der Stadt ihre Häuser beslaggen würden.

Lichtspieltheater mit 1000 Plätzen

errichten. Auch hier sollen Vorverhandlungen bereits eingeleitet worden sein. Man darf annehmen, daß die Dinge nun in rascher Zeitfolge sich entwickeln werden. ...

Für das Vertrauen, das die Geschäftswelt und die Bevölkerung zum Wiederaufstieg der Wirtschaft haben soll, ist der diesjährige Beginn des großen Bauvorhabens der Ortsmitte von unschätzbarem Wert. ...

Von diesen Gesichtspunkten geleitet, hat der Magistrat nach Annahme des neuen Bebauungsplanes beschlossen, sowohl mit dem Straßenbau als auch mit der Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses auf der westlichen Front des neuen Platzes zu beginnen. ...

Beuthen

Urlaubsgefuhr

von Landrat Dr. Urbanek genehmigt

Landrat Dr. Urbanek hat zur Erleichterung der Klärung der gegen ihn in der letzten Kreis-tagssitzung erhobenen Vorwürfe beim Regierungspräsidenten in Oppeln um Urlaub nachgefuhr. ...

Hausfuchung beim Kampfring junger Deutschnationaler in Beuthen

Am Mittwoch früh erschienen in der Wohnung des früheren und des jetzigen Führers des Kampfringes junger Deutschnationaler in Beuthen zwei Kriminalbeamte der Politischen Polizei und durchsuchten die Akten und Schrifstücke. ...

Bilanz am 31. Dezember 1932

Aktiva

Kasse	RM 81 008,29
Wechsel	2 546 185,24
Wertpapiere	634 362,19
Sorten	630,83
Debitoren	2 284 020,75
Bankgebäude in Ratibor, Cosel und Katscher	295 000,—
Grundstück in Cosel	36 000,—
Inventar	10 004,—
Restaurations-einrichtung	1,—
Avale	RM 88 920,—
Summe	RM 5 887 212,30

Passiva

Geschäftsanteile	RM 1 650 332,95
Gesetzl. Reservefonds	181 411,24
Außerord. Reservefonds	80 000,—
Aufwertungsfonds	3 995,65
Spareinlagen	3 351 456,13
Creditoren	496 484,63
Dividende für 1932	96 885,55
Im voraus erhob. Zinsen	26 646,15
Avale	RM 88 920,—
Summe	RM 5 887 212,30

Gemäß §§ 33 und 139 des Gen.-Ges. geben wir hiermit folgendes bekannt: Am 1. Januar 1932 waren 3 179 Mitglieder mit 5 646 Geschäftsanteilen vorhanden; die Haftsumme betrug RM 2 258 400,—. Im Jahre 1932 wurden 148 Mitglieder aufgenommen und 518 sind ausgeschieden. ...

Ratibor, den 20. Juni 1933.

Oberschlesische Bank

e. G. m. b. H.

Der Vorstand

Hauer. Kaiser.

Pfänderversteigerung

der Pfandstücke 23 501—30 000 am Donnerstag, dem 6. und Freitag, dem 7. Juli 33, von 8½ Uhr vorm. an.

Leihhaus Beuthen OS. G. m. b. H. Gymnasialstraße 5a.

Empfehle geg. Nachn. jetzt die beliebteste

Weide-Tafelbutter

je Pfund, in Postkolis von 1.00 Mk. je Pfd. (auf Wunsch Pfdstücke) J. Guttack, Heydekrug (Memelland)

Verkäufe

Umzugshalber zu verkaufen: 1 Gasheerd, (neuestes Syst., 4 Flammen u. Backrohr), 1 Küchengerät, 1 Standuhr, 1 Elektromophon mit 50 Platten. ...

la Dauerwurst

für die Reise (Zerelatwurst u. Salami, Winterware) offeriert in größeren Posten billig.

H. Hoffmann, Wurstfabrik, Gr. Strahlitz OS.

Bomben auf Gleiwitz

Fliegerangriff und Gasschutzübung der SA. Luftschutz ist Volksschutz!

Sonntag, den 25. Juni, Flughafen, Gleiwitz

anschließend daran Großer Zapfenstreich u. Fackelmarsch der SA.

Militär-Konzert ausgeführt von der SA-Standarte 22 OS.

mit verstärktem Spielmannszug.

Die Skagerrak-Seeschlacht

Großes Feuerwerksschauspiel, ausgeführt vom Leiter des großen Feuerwerks anlässlich des Tages der nationalen Arbeit auf dem Tempelhofer Feld am 1. Mai

Massenveranstaltung der NSDAP.

Kasseneröffnung 18 Uhr — Militär-Konzert 19 Uhr

Bomben auf Gleiwitz 20.15 — Zapfenstreich 21.15

Großfeuerwerk 21.30

Bei Ausfall der Sonntagsveranstaltung durch Regenwetter findet diese vaterländische Veranstaltung am Montag, den 26. Juni, abends 19.30 Uhr statt.

Verstärkter Straßenbahn- u. Autobusverkehr

Eintritt: Erwachsene Mk. 0.50, Erwerbslose mit Ausweis oder Kinder Mk. 0.30.

Vorverkaufsstellen: Kreisleitung Gleiwitz, Wilhelmstraße 24, „Deutsche Ostfront“, Gleiwitz, Ring 7, Neumanns Buch- u. Papierhandlung, Gleiwitz, Ratiborer Straße 21, Buchhandlung Nowatus, Gleiwitz, Bahnhofstraße 19, Zigarrengeschäft Seidel, Gleiwitz, Ring, Kreisleitung Hindenburg, Glückaufstraße.

Londoner Porträts

Blicklichter von der Weltwirtschaftskonferenz
Von
Dr. Kurt Schiefel

Eine Vollziehung ist soeben zu Ende. Der Vertreter irgendeines Staates von Uebersee hat seine Ansicht über die Gesundung Europas zum besten gegeben. Die letzten gelangweilten Zuhörer räkelten und streckten sich noch in ihren Sesseln. Am Ausgang hat der amerikanische Staatssekretär Hull den Südafrikaner General Smuts beiseitegenommen. Sie stehen in einer Ecke an der Tür. Hull, ein Mann mit silbergrauem Haupthaar, gelbem, faltigem Gesicht, trägt einen ziemlich altfremdlichen Bratenrock. Wenn er lacht, sieht der eingefakte Kneifer mit einem breiten, schwarzen Wändchen tief auf der Nase. General Smuts hat eine krasse Gestalt und ein weitergebräuntes Gesicht, von dem sich das Weiß von Haupthaar und Spitzbart lebhaft abhebt. Der Amerikaner hat seinem südafrikanischen Kollegen offenbar wichtige Dinge zu sagen. Er redet eifrig auf ihn ein mit belehrenden Handbewegungen. Vielleicht will er ihn von der Notwendigkeit einer Preissteigerung überzeugen. General Smuts will davon nichts wissen. Aber er wird am Kopfnopf festgehalten. Schweigend läßt er den amerikanischen Redefluß über sich ergehen. Schließlich blickt er hilfesuchend nach rechts und links und benutzt die erste kleine Pause seines beredeten Gegenübers, um in kurzem Laufschrift durch die Tür zu entweichen. Der Amerikaner bleibt mit offenem Munde halb entriktet, halb nachdenklich zurück. Warum sind wir eigentlich so unbeliebt, scheint er sich kopfschüttelnd zu fragen. Sollte er es wirklich nicht wissen, daß Amerikas mangelnde Einsicht auf allen Gebieten — dem der internationalen Schulden ebenso wie dem der Währungsstabilisierung, der Preissteigerung, der Einfuhrhemmnisse — das Haupthindernis der ganzen Londoner Konferenz ist?

Die riesigen Kellerräume des Museums sind der Tummelplatz der vierhundert Journallisten. Alles ist aufs Beste eingerichtet, wenn man davon absteht, daß in einzelnen Räumen die Türen, und in Türen die Klappen nicht mehr rechtzeitig eingeklinkt werden konnten. Da ist ein großer Telefon-Saal mit unzähligen Rabinen. Kabel- und Telefon-Gesellschaften haben dort ihre Büros aufgeschlagen. Nebenbei befindet sich ein Arbeitsraum mit nicht geringen Ausmaßen. Hundert Schreibmaschinen klappern um die Wette. Weiter ein Saal weiter, und wir stöken auf Zeitungs-, Bücher- und Photostände, auf ein Postamt, eine Bank, und schließlich, in einer besonderen Abteilung, auf ein Restaurant, in dem von der Bar mit amerikanischem Brandy bis zu der „Brauschweiger Mettwurst“ auf den Speisekarten für die Gesandten von 66 Nationen der Erde gesorgt ist. Hier, im Reiche der Presse, werden die letzten Ereignisse aufgeführt und besprochen, werden Gerüchte erfinden und weitergetragen. Hier ist auch der berühmteste Journalist der Konferenz zu sehen, Jimmy Walker, New Yorks unruhiglicher Oberbürgermeister a. D. Oben steht er in der Telefonzelle und diktiert einen Artikel, der in 300 amerikanischen Zeitungen erscheinen wird. Würde dieses Geschäft nicht wenigstens ebenso viel abwerfen wie seine dunklen Finanzoperationen in New York, hätte er sich solcher Arbeit wohl nicht unterzogen. Durch das Fenster der Telefonkabine kann man ihn sehen, seine kleine, schlankte Gestalt. Der modische Anzug ist eng auf Taille geschnitten. Zu einem dunkelgrauen, seidenen Hemd kontrastiert ein hellblauer Schlips, zu einem winzigen Knoten gebunden. Die verkniffenen Augen in dem rücksichtslosen Gesicht lassen auf einen Abenteurer, wenn nicht auf Schlimmeres, schließen. Vor der Kabine wartet Betty Compton, seine stark geschnitzte, puppenhafte Frau, mit der erst vor kurzem in Frankreich Hochzeit feierte.

Die Haupttätigkeit der Konferenz ist inzwischen in die Ausschüsse verlegt worden, in denen gewöhnlich der Rest brauchbarer Vorschläge, wie in einer Mühle, zermalmst zu werden pflegt. Nach den nichtöffentlichen Sitzungen in den einzelnen Kommissionsräumen geben sich sämtliche Delegierten in der Vorhalle des ersten Stocks ein Stelldichlein. Dort ist ein reiches Betätigungsfeld für die Photographen. Unaufhörlich flammen die elektrischen Blicklichter auf. Dort kommen Mac Donald und Hamburgs neuer Bürgermeister, Krogmann, der mit der Betrauung des Vizepräsidenten Postens der wirtschaftlichen Kommission geehrt wurde, zusammen die Treppe herunter. Hier lehnen in nicht sehr vorteilhafter Stellung der holländische Ministerpräsident Colijn und Belgiens Finanzminister Jaspars mit dem weißen Lockenkopf eines Komponisten an dem Geländer und werden von allen Seiten gefilmt, während sie sich vielleicht über die schier ewige Streitfrage des Schelbekanalas unterhalten. Tief in einem Nebentisch versunken und von einer riesigen „Times“-Nummer fast zugebedeckt, stellt Henderson Vergleiche an zwischen seiner Genfer Abfertigungskonferenz und diesem Londoner Konferenz-Unternehmen.

Oesterreichische Handelsperre gegen Deutschland

(Telegraphische Meldung)

Wien, 21. Juni. Die Oesterreichische Regierung beabsichtigt, die Einfuhr aus Deutschland beträchtlich zu verringern. Innenminister Schumy hat einen Ausschuß von Fachleuten eingesetzt, der alle Einzelheiten des Handelsverkehrs mit Deutschland studieren soll. Ueber die bisherigen Ergebnisse der Beratungen dieses Komitees weiß „Die Stunde“ zu berichten, daß von der Bildung einer Ausgleichsliste Abstand genommen worden sei, daß aber Oesterreich unbedingt auf einer Verringerung des übergroßen Passivsaldo seiner Handelsbilanz mit Deutschland bestehen müsse. Oesterreich denke dabei nicht an Vergeltungsmaßnahmen, sondern hätte auch bei ungetrübten politischen Beziehungen, vor allem aus Devisenrückichten, den gegenwärtigen handelspolitischen Zustand gegenüber Deutschland revidieren müssen.

Rampf um die NSDAP.-Mandate in Oesterreich

(Telegraphische Meldung)

Wien, 21. Juni. Obwohl die Frage der Ausübung parlamentarischer Mandate von Mitgliedern der NSDAP. noch in der Schwebe ist, hat der Landespräsident von Niederösterreich, Reither, die an die nationalsozialistischen Landesräte der Niederösterreichischen Landesregierung ergangene Einladung zu einer Sitzung zurückgezogen. In der Niederösterreichischen Landesregierung herrscht die Auffassung, daß die Ausübung des Mandats als eine Befätigung der Nationalsozialisten anzusehen sei, das erscheine nach dem Beschluß des Ministerrates unstatthaft. In alle Gemeinden, in denen die Nationalsozialisten Mandate inne haben, sowie an Bezirksauschüsse usw. sind ähnliche Weisungen zur Ausübung der Nationalsozialisten ergangen. Zu der Sitzung der Niederösterreichischen Landesregierung war auch der nationalsozialistische Landesrat Leopold erschienen. Landespräsident Reither erklärte, daß Landesrat Leopold an der Sitzung nicht teilnehmen könne, da die an ihn ergangene Einladung zurückgezogen worden sei. Landesrat Leopold nahm gegen diese Erklärung mit dem Hinweis Stellung, daß er das Recht und die Pflicht habe, an den Sitzungen teilzunehmen. Um weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden, schloß der Landespräsident die Sitzung.

Die Veröffentlichung des allgemeinen mit Spannung erwarteten Polizeiberichtes über die

Bombenanschläge, der das Vorgehen gegen die NSDAP. beweiskräftig rechtfertigen soll, scheint sich bemerkenswerter Weise noch erheblich zu verzögern. Im Sicherheitsministerium und in der Polizeidirektion ist man noch immer mit der Sammlung und Sichtung des Materials beschäftigt, das in der kommenden Woche in Form eines Braunbuchs veröffentlicht wird.

Der jetzt veröffentlichte erste Polizeibericht über die Wiener Bombenanschläge wird auch von der Polizei nur als ein vorläufiger Teilbereich bezeichnet. Außer zahlreichen Unsicherheiten fallen im Bericht die mehrfachen Hinweise auf, daß nähere Angaben noch nicht veröffentlicht werden können. Ein Anschlag sei von dem Kraftwagenführer Otto Bronnel, der sich selbst der Polizei stellte, gemeinschaftlich mit mehreren anderen ausgeführt worden. Einer davon sei SS-Mann. Der Fall mit dem Zummelergeschäft Futterweit sei noch so wenig klargestellt, daß Einzelheiten noch nicht gebracht werden könnten. Trostdem wird im Bericht behauptet, daß reichsdeutsche Nationalsozialisten in einem großen Minenwagen mit Berliner Kennzeichen nach Wien gefahren seien und mit dem Führer der Wiener SS Besprechungen über Bombenanschläge abgehalten hätten.

Kirche und Jugend

Ein Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz

(Telegraphische Meldung)

Essen, 21. Juni. Die Fuldaer Bischofskonferenz hat am 21. Mai einen Beschluß zur Frage der katholischen Jugendverbände gefaßt, den die „Essener Volkszeitung“ heute veröffentlicht. Darin heißt es:

„Das Episkopat begrüßt den Willen, die Jugend der Nation innerlich zu einigen und sie zu echtem deutschen Volkstum zu erziehen. Die Kirche wird an dieser nationalen Aufgabe mit dem Einverständnis ihrer besonderen Kräfte mitarbeiten. Aber eine Auffassung, nach der die gesamte Jugend ausschließlich vom Staat erfaßt und erzogen werden soll, lehnt die Kirche als mit der kirchlichen Lehre unvereinbar ab. Die Kirche verlangt vielmehr volles Gemeinheitsrecht für die kirchliche Jugendorganisation und das Erziehungsrecht im Sinne körperlicher, geistiger und bernerlicher Erziehung ihrer Mitglieder.“

Die Veröffentlichung dieses Bischofsbeschlusses gerade am heutigen Tage dürfte mehr eine Ungleichzeitigkeit der „Essener Volkszeitung“ darstellen als daß sie dem Wunsch der Bischöfe

entspricht. Seit dem 31. Mai, dem Tage, an dem die Fuldaer Bischofskonferenz diesen Beschluß gefaßt hat, haben sich die Dinge in Deutschland bereits erheblich weiter entwickelt. Gerade der 21. Juni hat noch deutlicher als bisher den unerschütterlichen Willen der neuen Staatsführung bewiesen, die gesamte Jugend ausschließlich vom Staat erfassen und erziehen zu lassen. Daß solche Gedanken mit der kirchlichen Lehre schließlich doch nicht völlig unvereinbar sind, hat die Entwicklung in Italien gezeigt, wo der Vatikan sich nach anfänglichen Auseinandersetzungen mit der faschistischen Staatsführung auch über diese Punkte geeinigt hat. Es ist zu hoffen, daß nach diesem Vorbilde der höchsten kirchlichen Stelle eine ähnliche Einigung auch in Deutschland erzielt werden kann.

Unerkannt entkommene Kommunisten brannten das frühere kommunistische Erholungsheim Waldheim in Ehlingen nieder. Demnächst sollten Stuttgarter Ferienkinder zur Erholung in das Heim gebracht werden.

Geldfallsfragen der Londoner Konferenz

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Juni. Die Weltwirtschaftskonferenz ist bereits in das Stadium getreten, das den Teilnehmern die Frage vorlegt, wie überhaupt weiter gearbeitet werden soll. Zwar hat sich die Konferenz in einen unübersichtlichen Komplex von Unter- und Nebenausschüssen aufgespalten, deren Tätigkeit eine Zeit lang das Bild intensiver Arbeit wirbeln können, da die Erörterung, Vergleichung, Zusammenfassung und Umarbeitung der von den einzelnen Delegationen eingereichten Vorschläge nicht von heute auf morgen erledigt werden kann. Eines Tages wird aber der Augenblick gekommen sein, an dem festgestellt werden muß, welcher Grad von Übereinstimmung wenigstens über die wichtigsten Fragen unter dem Konferenzteilnehmern herrscht. Man fragt sich jetzt schon, wie diese Übereinstimmung erzielt werden soll, wenn so wichtige Vertretungen wie die amerikanische unter sich und mit ihrer Regierung nicht einig zu sein scheinen. Roosevelt hat gegen die von den Londoner Vertretern der Zentralbanken vereinbarte vorläufige Stabilisierung Einspruch erhoben, und auch der Vorschlag einer 10prozentigen Zollsenkung ist zurückgezogen worden.

Der einzige Beitrag Amerikas zu den Konferenzarbeiten ist im Augenblick der Antrag des Senators Pittman, die Metalldeckung der

Die großen Tage der Welt-Konferenz sind vorüber. Nur alle möglichen Regie-Kunststücke hatten am Anfang die Aufmerksamkeit der Welt auf London gerichtet. Der König, das goldene Mikrophon und das feierliche Zeremoniell der Eröffnungssitzung mußten herhalten, um die nachrichtenhungrige Weltpresse notdürftig und vorübergehend zu befriedigen. Das erste Auftreten berühmter Staatsmänner der ganzen Welt, Bankette und Empfänge der Regierung Seiner Majestät vermochten das Interesse noch einige Tage wachzuhalten. Dann aber begannen die äußeren Reizmittel ihre Wirksamkeit zu verlieren. Die garten Hoffnungen, bald zu greifbaren Ergebnissen zu kommen, verflüchteten sich mehr und mehr. Die große Konferenz versinkt in der grauen Blutlötbender Langeweile.

Bomben- und Dynamitfunde

Stollberg (Sachsen), 21. Juni. Auf briefliche Anzeige eines vor kurzem nach Amerika ausgewanderten Kommunisten nahm ein Kommando der NSDAP. auf einem Grundstück in Brünls eine Durchsuchung vor. Unter einer dünnen Rasenschicht versteckt wurden ein halber Zentner Dynamit, 18 Gasrohrstücke, mit Dynamit gefüllt und mit Zündschnur versehen, sowie eine Bombe mit Zünder gefunden.

»Es gibt nur eine Ehre!«

Zum „Fall Gereke“ schreibt die betont sozialistische „Tägliche Rundschau“:

„Arbeitet in Zukunft auch bei den großen Sünden die Justiz weiterhin mit Brumptheit und Schnelligkeit wie im Falle Gereke, so wird auch die Justiz im Volksempfinden bald wieder ihre tiefe Verankerung haben und wieder das Vertrauen genießen, ohne das eine Rechtsprechung nicht existiert ist. Zu dem modernen Gerichtsverfahren einer vorläufigen liberalen Epoche gehörte auch die Humanität; das menschlich Ergreifendste im Strafpolizei war die Tatsache, daß große Sünden, deren gesunde Konstitution allen Strapazen eines ausschweifenden Lebens mit Erfolg getrotzt hatte, plötzlich in langjährige Krankheiten verfielen und nunmehr als wertvolle Staatsbürger den Fesseln der Justiz entkamen und der Staat in einer Heilanstalt sich um diese Glieder der Gesellschaft mühte, damit sie ihren beim Sturz von der Höhe gebrochenen Lebensmut wieder aufzurichten; es muß aufhören, daß wohlgenährte Strauchbäume der Gesellschaft am Ende eines Prozesses im Sonntagkleid ins nächste Sanatorium fahren; für die überlegten Minderungen am Gute der Volkswirtschaft, und sei es in der konziliantesten Form, ist ebenso Buchhaus zukünftig wie für die Blinderer beim öffentlichen Aufruhr. In der alten, verfallenen Gesellschaftsordnung ist unendlich viel gesündigt worden in Rechtspflege und Strafpolizei. Im nationalsozialistischen Staat wird es weder eine doppelte Moral noch eine große und kleine Gerechtigkeit geben; denn auch im Leben gibt es nur eine Ehre!“

In ihrem Kommentar zum Urteil im Gereke-Prozess untersucht die „Kölnische Zeitung“ die allgemeineren Gründe, die es Gereke ermöglichten, vom Verhandlungsraum her zu seinem hervorragenden Posten aufzusteigen, und findet sie im Wesen der parlamentarischen Demokratie, wie sie sich in der Nachkriegszeit in Deutschland ausbildete.

„Man setzt den Fall Gereke über die Tagesbedeutung hinaus, wenn er zeigt, daß dieses System keine ernünftige Führerauslese befaß. Es ließ in einflussreiche Stellen geschäftige Interessenten gelangen, die nicht selten ihre Person über die Sache stellten. Es förderte die Vertreter der großen Verbände, die sich darauf verstanden, im Halbbüro der Fraktions- und Verbandszimmer politische Geschäfte zu machen, wobei sie die öffentliche Kontrolle sorgsam umgingen. Gewiß jeder Staat hat seine Spielregeln und seine Betriebsgeheimnisse, und jedem Staat haften ein Erdreißer von Unvollkommenheit an, aber es kommt darauf an, daß möglichst Männer zur Herrschaft gelangen, die etwas taugen. An diesem Punkte versagte die parlamentarische Demokratie im Nachkriegsdeutschland. Wieviel tüchtige Elemente hielt sie von der Verantwortung fern, und wie leicht machte sie es jenen, die den Massen geschickt nach dem Mund redeten und ihre Grobmannschaft hinter einem schön klingenden Pathos herbergen.“

Im autoritären Staat ist das Parteiwesen und das freie Spiel der Verbandspolitik zurückgedrängt. Es bietet für den politischen Geschäftemacher sehr viel weniger Möglichkeiten. Man kann also auf den politischen Wechsel die Hoffnung begründen, daß der Typ des Politikers, den Gereke darstellte, im neuen Deutschland nicht mehr das weite Feld der Betätigung findet wie früher.“

Währungen auf 25 Prozent, wovon ein Fünftel in Silber bestehen könnte, zu beschneiden. In dem Unterschuß, der sich mit diesem Antrag zu beschäftigen hatte, wurde ihm allerdings eine Tendenz gegeben, die sich gegen die amerikanischen Urheber richtet; es wurde nämlich mit beträchtlicher Übereinstimmung der Auffassungen aus der Begründung des Antrages zunächst nur der Wunsch nach einer baldigen Stabilisierung der Währungen und nach Wiedereinführung des Goldes als Wertmetall zum Beschluß erhoben, während die Metallbedarfsfrage, die Amerika gerade nicht in diesem Sinne gelöst sehen möchte, einem Nebenanspruch überwiegen wurde. Derartige „Ergebnisse“ sind natürlich für den Gesamtantrag der Konferenz ziemlich bedeutungslos, denn gegen den Willen Amerikas kann gerade in der Währungsfrage nichts beschlossen werden, und auch die aufgetauten Gerüchte über einen europäischen Stabilisierungsplan scheinen weniger auf realen Möglichkeiten als auf der besonders in England und Frankreich herrschenden Vermutung über die neue amerikanische Politik zu beruhen. Da die andere noch ungelöste Hauptfrage, die Schuldenfrage, nicht auf oder während der jetzigen Konferenz erörtert werden soll, hat sich jetzt schon die paradoxe Lage ergeben, daß man gerade in England zehn Tage nach dem Beginn der Konferenz mit einer gewissen Ungeduld auf ihr Ende wartet.

EM-Leute beschossen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Juni. EM-Leute, die kurz vor Mitternacht im Haus Alte Dählwitzer-Straße 3 eine Hausjagung vornehmen wollten, wurden aus dem Hause heraus beschossen. Drei EM-Leute wurden schwer verletzt.

Bei der Schießerei sind zwei Personen getötet und zwei EM-Leute lebensgefährlich verletzt worden. Einer der Getöteten war Angehöriger der EM. Der Vater, der ehemalige Angehörige der SD, Anton Schmaus, wurde festgenommen.

Reichsbahnbeamten veranstalteten vor dem Gebäude der Hauptverwaltung der Reichsbahn in der Voltpstraße eine Kundgebung gegen Generaldirektor Dr. Dörpmüller.

